

Geschäftsführerin Hannah FreudensteinElisabethstr. 9
35037 Marburg

Fon: 06421-163873

Fax: 06421-175618

info@die-linke-marburg.de

Marburg, den 4. April 2022

Bericht aus der Marburger Stadtverordnetenversammlung (StVV) vom 25. März 2022**Klimaktionsplan umsetzen – Regionalplan ablehnen – Ohmtal- und Aar-Salzböden Bahn reaktivieren – Inflationsausgleich für Stadtpassinhaber:innen**

Die Stadtverordnetenversammlung im März stand ganz im Zeichen des Klimaschutzes. Erörtert wurden verschiedene Maßnahmen – ein wichtiges und neu zu schaffendes Instrument kann hierbei der Klima-Rat sein. Oberstes Ziel ist die Erreichung der Klimaneutralität bis 2030 und dabei den Klimaaktionsplan umzusetzen, neu fortzuschreiben und im Monitoring-Verfahren ggf. zu überprüfen. Bis auf die CDU/FDP Fraktion und den AfD-Vertreter ist die gesamte Stadtverordnetenversammlung sich über die herausfordernde und ambitionierte Aufgabe des Klimaschutzes und Schaffung der Klimaneutralität einig.

Ablehnung der Stellungnahme des Magistrats zum Regionalplan Mittelhessen 2030

Die bestimmende Debatte in der Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich ausführlich mit der Stellungnahme des Magistrats zum Regionalplan Mittelhessen. In diesem Zusammenhang sei vorab erwähnt und daran erinnert, dass die Marburger Linke bereits im Januar 2022 einen dringlichen Antrag einbrachte, mit dem Ziel, dass der Magistrat seine Pläne einstellt, in den Lahnauen in Cappel ein Gewerbegebiet zu errichten. Leider entwickelte sich aus dem Umgang mit dem Antrag ein unschönes, aber vor allem undemokratisches Gebaren. Zunächst wurde dem dringlichen Anliegen nicht stattgegeben mit der Begründung, der Antrag könne im Rahmen des Regionalplans ausführlich diskutiert werden, um ihn dann zwei Monate später im zuständigen Fachausschuss ohne die Möglichkeit, eine Diskussion zu führen, für erledigt zu erklären! Kein guter Stil, wie wir finden, zumal dieses Ansinnen vom amtierenden Oberbürgermeister weiterhin verfolgt wird, er selbst erklärte: „wenn wir, die Stadt Marburg, mit Gisselberg/Nord – hier sollen jetzt vorrangig Gewerbeflächen entstehen – erfolgreich gezeigt haben, dass durch eine Anhebung der Straße um 8 cm auch in einem Retentionsraum Bebauung möglich ist, wird das Regierungspräsidium und andere Kritiker überzeugt sein, dass dies auch in Cappel möglich sei“. Oberbürgermeister Thomas Spies ist also mitnichten von den Plänen abgerückt, sein Wunschgewerbegebiet in Cappels Lahnauen umzusetzen. Unsere Stadtverordnete Tanja Bauder-Wöhr führte hierzu aus: „Die neu auszuweisenden Flächen befinden sich in unmittelbarer Nähe zum Landschaftsschutzgebiet „Auenverbund-Lahn-Ohm“. Ebenfalls ist in unmittelbarer Nachbarschaft ein ausgewiesenes Schutzgebiet für Grund- und Quellwasser. Ein Lebensraum für Tiere und Pflanzen, ein absolut schützenswertes Wasserschutzgebiet, besonders in Zeiten des Klimawandels, der Zunahme von Temperaturen das ganze Jahr über. Ein Paradies für Insekten, Vögel, Kröten und Lurche. Vor allem ist es ein Hochwasserschutzgebiet, wer kommt angesichts der katastrophalen Bilder im Ahrtal aus dem letzten Sommer 2021 auf die Idee, gerade solche wertvollen und unbedingt erforderlichen Flächen zu versiegeln, gar in ein Gewerbe- und Industriegebiet umwandeln zu wollen? Unseres Erachtens müsste dieses Gebiet im Regionalplan als Naturschutzgebiet ausgewiesen werden – welches unter allen Anstrengungen zu erhalten und schützen ist“. Leider sieht der Oberbürgermeister dies

anders, für ihn handelt es sich lediglich um einen Acker. Dies stößt bei Tanja Bauder-Wöhr auf kopfschüttelndes Unverständnis: „Dieser Acker ist für viele Marburger:innen ein beliebtes Ausflugsziel, ein Naherholungsgebiet, ein Lebensraum für alle. Nicht zuletzt gerade in der aktuellen Lage, in der Nachhaltigkeit und Selbstversorgung glücklicherweise an Bedeutung zurückgewinnen, in der die regionale und überregionale Presse bereits die Befürchtungen der Landwirte skizziert, dass ein Laib Brot bald 10 € kostet wird – könnten Ackerflächen im wahrsten Sinne des Wortes wieder Gold wert sein. Dann allerdings führen wir hier ganz andere Debatten.

Wir teilen die Auffassung, dass es notwendig ist, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Wir haben in den vergangenen Jahren selbst viele Initiativen aufgegriffen und angestoßen – leider ist die Abkehr vom reinen „Investorenbauen“ jedoch kaum erkennbar. Die Marburger Linke begrüßt die verkehrlichen Festsetzungen im Regionalplan, welche mit dem Ausbau des ÖPNV einhergehen.

Zustimmung zu Reaktivierung Ohmtalbahn und Aar-Salzböde-Bahn

Ebenfalls unter Klimaschutzaspekten wurde zu Reaktivierungsvorhaben Ohmtalbahn und Aar-Salzböde-Bahn rege diskutiert, unsere Stadtverordnete Inge Sturm merkte dazu an: „Die Marburger Linke stimmt dem vorliegenden Antrag vorbehaltlos zu. Jedoch wenn eine Energie- und Verkehrswende tatsächlich gelingen soll, muss die Stadt Marburg eine „Große Lösung“ vorantreiben.“ Hierbei erinnerte sie auch an mehre Initiativen durch uns, vor allem an die überregional verbindende Idee einer Regio-Tram. Konkret forderte Inge Sturm deshalb mit dem Boden schonend umzugehen, denn trotz aller Gelübde werden immer neue Gewerbegebiete ausgewiesen. Diese versiegeln nicht nur weitere Flächen, sondern erzeugen stets auch neuen Verkehr. Mini-Veränderungen wie hier ein Stück Radweg und da eine schönere Bushaltestelle oder ein Car Sharing-Auto oder auch größere Veränderungen, wie die Reaktivierung von einer oder zwei Bahnstrecken reichen einfach nicht aus. Bei Flächenversiegelung, Ausbau der Autoinfrastruktur oder der Förderung des Autokaufs wird geklotzt. Investitionen in den Umweltverbund, also aus zu Fuß gehen, Rad fahren und den ÖPNV fallen bundesweit eher spärlich aus. Auch in Marburg gibt es hier noch viel zu verbessern. Es braucht große und mutige Entwürfe. Das Argument, diese seien zu aufwändig oder zu teuer, ist vorgeschoben, wie die finanzpolitischen Entscheidungen in anderen Politikfeldern immer wieder zeigen. Jüngstes Beispiel sind die horrenden Geldmittel für Kriegsgerät. Die Reaktivierung der zwei Bahnstrecken ist ein Anfang. Eine Verkehrswende für Mittelhessen bleibt das große Ziel. Diese Verkehrswende wird nur in Zusammenarbeit der Gemeinden, Städte und der Landkreise gelingen.

Energiekostenzuschuss/Inflationsausgleich für Stadtpassinhaber:innen

Natürlich spielten soziale Aspekte eine wichtige Rolle beim Vorstoß Energiekostenzuschuss/Inflationsausgleich für Stadtpassinhaber:innen, den die Marburger Linke auf den Weg bringen möchte. Unser Stadtverordneter Miguel Sanchez hatte viele überzeugende Argumente dabei, er führte dazu aus: „Bei steigenden Lebenshaltungskosten und einer Inflationsrate von 5 % gilt es zu gewährleisten, dass das Wichtigste weiterhin bezahlt werden kann, die Miete der Wohnung, besonders Heiz- und Energiekosten. Gerade Menschen und Familien mit geringen Einkommen verzichten bereits auf sehr vieles, um diese Kosten noch stemmen zu können. Die Angst vor Wohnungsverlust ist absolut belastend“. Das sagen nicht nur wir, sondern die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe, das sagt der Paritätische, das sagt sogar der Bundesverband der Verbraucherzentralen, und zwar mit eindeutigen Statistiken in den vorliegenden und einsehbaren Studien.

Bekanntlich schwimmt die Stadt Marburg dank der gestiegenen Steuereinnahmen so im Geld, dass sie überlegt, wie das Geld am Besten angelegt werden kann. Wir finden, auch die Stadt Marburg kann einen Teil beitragen, besonders belastete Menschen und Familien zu unterstützen.

Konkret fordert die Marburger Linke deshalb einen Zuschuss für Stadtpassinhaber:innen von 100 €, was sich auch mit dem Koalitionsvertrags deckt, denn die Weiterentwicklung und Verbesserung des Stadtpasses ist ein erklärtes Ziel. Miguel Sanchez verdeutlicht, wie wir uns das vorstellen: „Der Magistrat wird gebeten, ein Modell zu entwickeln, dass der Zuschuss nicht bei Trans-

ferleistungen angerechnet wird, z. B. eine Gutscheinelösung.“ Also eine Lösung zu finden, die nicht dazu führt, dass dieser Zuschuss auf andere Transfer- und Sozialleistungen angerechnet wird

Letztlich wartete die Regierungskoalition mit einem Änderungsantrag auf, der dieses völlig berechnete Ansinnen erstmal allerdings prüfen soll, ohne dabei festzulegen, wann mit Abschluss der Prüfung zu rechnen ist. Das ist deswegen so schade, weil die Unterstützung längst überfällig ist.

Bericht des Kinder- und Jugendparlaments

Erfreulicherweise durften wir einem sehr kurzweiligen und spannenden Bericht über die Arbeit des Kinder- und Jugendparlaments (KiJuPa) lauschen. Die Vertreter:innen des Kinder- und Jugendparlaments Marburg haben sich in den letzten beiden Jahren engagiert für ihre Interessen eingesetzt. Sie haben viele Anliegen auch ins Stadtparlament getragen, hier spielten Verkehrsberuhigung vor Schulen und Ausbau des ÖPNV ebenso eine Rolle wie soziales Engagement, seit Jahren schon sammelt das KiJuPa regelmäßig gebrauchte und noch funktionstüchtige Schulranzen für Kinder in Marburgs Partnerstadt Sibiu/Hermannstadt in Rumänien. Die Aktion schenkt Kindern, die sich keinen leisten können, einen Schulranzen und setzt gleichzeitig ein Zeichen für mehr Nachhaltigkeit und gegen die Verschwendung von Ressourcen.

Freundliche Grüße von der Fraktion Marburger Linke

Renate Bastian, Tanja Bauder-Wöhr, Roland Böhm, Anja Kerstin Lercher-Meier, Miguel Sanchez, Jan Schalauske, Inge Sturm